

Die Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes gegenüber Ungarn im 18. Jahrhundert und im Vormärz*

Dem Problem der wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen dem Wiener Hof und Ungarn widmeten bisher nur zwei Historiker eine größere Aufmerksamkeit. Während sich RUDOLF SIEGHART in seiner Arbeit, die im Jahre 1915 erschien¹, auf das Problem der Zollpolitik beschränkte und die wichtigsten Angaben darüber zusammenstellte, verstand FERENC ECKHART — ein ungarischer Autor — seine Aufgabe wesentlich breiter, und er bemühte sich, alle Seiten dieser Beziehungen zu studieren, obwohl seine besondere Aufmerksamkeit der Industriepolitik galt.

In seinen zwei Büchern, von denen das erste dem Zeitalter der Regierung MARIA THERESIAS, das zweite den Jahren 1780—1815 gewidmet ist², hat er aufgrund breiter Archivforschung (vor allem in Wien) die Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes gegenüber Ungarn einer grundlegenden Analyse unterzogen und sich dabei bemüht zu beweisen, daß sie stark gegen die ungarischen Interessen gerichtet war, egoistische Ziele verfolgte und die wirtschaftliche Entwicklung seiner Heimat vereitelte. Seinen Standpunkt, der besonders in der zweiten, posthum veröffentlichten Arbeit sehr ausgeprägt erscheint, läßt sich in folgende vier Punkte zusammenfassen:

1. Der Wiener Hof bemühte sich, durch verschiedene Mittel die Entwicklung der Industrie in Ungarn, besonders die der kapitalistischen Manufaktur, zu verhindern, während er sie in den österreichischen und böhmischen Ländern sehr energisch unterstützte.
2. In den Jahren 1740—1815 strebte Wien zielbewusst danach, Ungarn als Absatzgebiet für die österreichischen Erzeugnisse und als billigen Rohstoffmarkt für die österreichische Industrie zu erhalten.
3. In Ungarn gab es günstige Voraussetzungen für eine industrielle Entwicklung. Infolge der erwähnten Politik des Wiener Hofes kam es aber fast überhaupt nicht zu der Gründung von Manufakturen; und wenn irgendwelche Versuche dieser Art unternommen wurden, so waren sie zum Scheitern verurteilt.
4. Die Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes war auch in allen anderen Richtungen egoistisch und gegen die Interessen Ungarns eingestellt.

Dieser Standpunkt hat in der magyarischen Geschichtsforschung eine volle Anerkennung gefunden und spiegelt sich in vielen Arbeiten wider, die sich mit der Problematik des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts befassen. In den fünfziger Jahren wurde sogar die These vertreten, wonach Ungarn im habsburgischen Reiche dieser Aera die Stellung einer „Kolonie“ eingenommen haben sollte, eine Behauptung, die auch in

* Gastvortrag, gehalten im Seminar für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München am 29. Mai 1969.

¹ SIEGHART, RUDOLF *Zolltrennung und Zolleinheit*. Wien 1915.

² ECKHART, FERENC *A bécsi udvar gazdasági politikája Magyarországon Mária Terézia korában* [Die Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes in Ungarn im Zeitalter Maria Theresias]. Budapest 1922; ders. *A bécsi udvar gazdasági politikája Magyarországon 1780—1815* [Die Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes in Ungarn 1780—1815]. Budapest 1958.

der Slowakei manche Anhänger fand. Jetzt wird dieser Standpunkt nicht mehr so scharf vertreten, jedoch ist er auch nicht aufgegeben oder revidiert worden.

Forschungen in mehreren Archiven, besonders in dem Ungarischen Zentralarchiv in Budapest sowie auch das Studium verschiedener anderer Probleme der Wirtschaftsgeschichte der Slowakei im 18. Jahrhundert, die damals ja ein organischer Teil des Königreiches Ungarn war, legen es jedoch nahe, den Standpunkt ECKHARTS zu überprüfen.

Ein größeres Interesse für die wirtschaftlichen Verhältnisse Ungarns ist am Wiener Hof nicht vor dem Ende der zwanziger Jahre des 18. Jahrhunderts zu beobachten. Zwar wurden bereits am Ende des 17. Jahrhunderts in den Kreisen um Kaiser LEOPOLD I. verschiedene Pläne für wirtschaftliche und soziale Reformen in Ungarn ausgearbeitet, doch handelte es sich nur um Projekte. Der Hof machte sie sich offiziell nicht zu eigen, und selbst wenn dies der Fall gewesen wäre, so gab es weder sofort noch später eine günstige Atmosphäre für ihre Verwirklichung. Dieses erste Interesse für die ungarischen Wirtschaftszustände und für ihre Besserung galt den Handwerkerzünften. Im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts war es nämlich zu einer außerordentlichen Vergrößerung der Anzahl der Zünfte gekommen, allerdings ohne irgendeine staatliche Koordinierung oder Kontrolle. Die Zunftbriefe wurden durch Feudalherren, Richter und Räte der einzelnen Städte und Märkte, durch andere Zünfte und sogar durch die Anführer der adeligen Aufstände des 17. Jahrhunderts ausgestellt und beinhalteten verschiedene Verlangen, die dem wirtschaftlichen Leben bestimmt nicht förderlich, eher abträglich waren³.

Um auf diesem Gebiete eine Besserung zu erzielen, wurde anfangs der dreißiger Jahre angeordnet, Abschriften aller existierenden Zunftbriefe den höchsten Stellen vorzulegen. Nachdem sich diese einen Überblick über die ungarischen Zunftverhältnisse verschafft hatten, versuchten sie, verschiedene Verbesserungen durchzuführen. Sie verfolgten dabei das Ziel, den Einfluß der Zünfte auf die handwerkliche Tätigkeit zu verringern und ihre Kontrolle darüber etwas zu lockern. Es wurde zum Beispiel verboten, von Mitgliedern fremder Zünfte bei ihrem Eintreffen auf den Jahrmärkten Sonderabgaben zu verlangen, Söhnen oder Schwiegersöhnen der Meister verschiedene Erleichterungen zuteil werden zu lassen, die Zahl der Meister künstlich einzuschränken usw.⁴. Später, in der Regierungszeit MARIA THERESIAS, versuchte man das Recht, Zunftbriefe auszustellen, ausschließlich dem Hofe zu reservieren, und um aller Unordnung und allem Mißbrauch im Zunftwesen ein definitives Ende zu setzen, wurden in den sechziger Jahren amtliche Kommissäre eingesetzt, die an allen Versammlungen der Zünfte teilnehmen und sie kontrollieren sollten⁵.

Diese Maßnahmen wurden zu einer Zeit getroffen, als in den anderen habsburgischen Ländern schon der Weg für die Entwicklung der kapitalistischen Industrie vorbereitet wurde, die dank direkter und indirekter staatlicher Unterstützung seit der Mitte des 18. Jahrhunderts im Wirtschaftsleben Cisleithaniens eine wichtige Rolle zu spielen

³ Die Abschriften dieser Zunftbriefe befinden sich in Országos Levéltár [Ungarisches Zentralarchiv] (im folgenden: OL) in Budapest, Archiv der Ungarischen Statthalterei, Acta mechanica.

⁴ ŠPIESZ, ANTON Remeslo na Slovensku v období existencie cechov [Das Handwerk in der Slowakei im Zeitalter der Zünfte]. Manuskript.

⁵ Ebenda.

begonnen hat. Es wurden Pläne für die industrielle Entwicklung aller Länder des Reiches ausgearbeitet, und es wurde versucht, sie zielbewußt zu realisieren.

Dem Königreich Ungarn kam in diesen Überlegungen der Platz eines reinen Agrarlandes zu; an eine Einbeziehung des Landes in die geplante industrielle Entwicklung dachte man nicht, wenn man von der vorgesehenen Rolle Ungarns als Rohstoffreservoir und -lieferant für die Industrie absieht⁶.

Schon damals aber betrachtete man Ungarn als einen Absatzmarkt für österreichische und böhmische Industrieprodukte, und es wurden energische Maßnahmen unternommen, daß nicht ausländische, sondern einheimische, d. h. österreichische und böhmische Erzeugnisse abgesetzt wurden. Ein erster Schritt in dieser Richtung war die Einführung des neuen Zolltarifes für Ungarn vom Jahre 1754. Er fußte auf dem Grundsatz, daß die Erzeugnisse der habsburgischen Länder bei Import nach Ungarn nur mit 3 Prozent, die ausländischen hingegen mit 30 Prozent ihres Wertes mit Zoll belegt werden sollten. (Bis dahin wurden alle Waren mit dem gleichen Einfuhrzoll belegt⁷.)

Zu Ende der fünfziger Jahre, also noch früher als in den böhmischen und österreichischen Ländern, wurden für Ungarn auch die ersten Importverbote erlassen, wobei man sich eines Gesetzes des ungarischen Landtages aus dem Jahre 1723 bediente, das bestimmte, daß die Einfuhr aller „unnützlichen“ und „schädlichen“ Waren aus dem Ausland zu verhindern sei⁸. In den Jahren 1766 und 1767 wurde die Geltung der diesbezüglichen gesamtstaatlichen Patente auch auf das Kronland Ungarn ausgedehnt, wodurch die Einfuhr fremder Industriewaren fast völlig verhindert wurde⁹.

Aber bei dieser Politik der Nichtunterstützung der Industrie in Ungarn blieb der Wiener Hof nicht lange. Schon anfangs der sechziger Jahre kam MARIA THERESIA zu der Meinung, daß man in Ungarn solche Industriezweige entwickeln sollte, die die österreichische Industrie auf dem ungarischen Markt nicht bedrohen könnten oder solche Waren produzierten, die in Österreich nicht erzeugt wurden, wie zum Beispiel gröbere Sorten von Tüchern und Leinwand sowie einige Textilerzeugnisse¹⁰.

Als aber unter den österreichischen Wirtschaftsexperten die Meinung laut wurde, eine eventuelle Entwicklung der Industrie in Ungarn werde die Interessen anderer habsburgischen Länder nicht bedrohen, entschied sich MARIA THERESIA, auch in Ungarn die Entwicklung der Manufakturen als der bedeutendsten Form der damaligen Industrie zu unterstützen¹¹. Am 5. März 1765 gab sie einen Erlaß heraus, in dem sie ihren Willen, die Gründung der Manufakturen in Ungarn zu fördern, offiziell bekanntmachte, wobei sie ihn besonders an die freien ungarischen Städte adressierte¹².

Dank dieser Wendung sind auch in Ungarn viele neue Manufakturen entstanden, und manche davon erreichten wirklich große Produktionsziffern. Im Jahre 1770 gab es in Ungarn (ohne Siebenbürgen) 19 Manufakturen, während in Böhmen nur 16, in Mähren

⁶ PŘIBRAM, KARL Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik von 1740 bis 1860. Band 1. 1740—1798. Leipzig 1907, S. 212—213.

⁷ FORBAT, EUGEN Dejiny bratislavského obchodu v 18 a 19 storočí [Geschichte des Preßburger Handels im 18. und 19. Jahrhundert]. Bratislava 1959, S. 155.

⁸ Ebenda, S. 60.

⁹ BEER Handelspolitik, S. 14.

¹⁰ Ders. Studien, S. 124—125.

¹¹ Ebenda.

¹² OL Budapest, Archiv der Ungarischen Kammer, Brief der Königin an die Kammer vom 5. März 1765, Punkt 12. Der volle lateinische Text bei ŠPIESZ Obdobie, S. 61. Fußnote 132.

und Österreichisch-Schlesien ebenfalls 16, in Niederösterreich 20 und in allen anderen Ländern des heutigen Österreichs nur 6 existierten¹³. Mehrere der neuentstandenen Manufakturen erhielten verschiedene königliche Privilegien¹⁴, beschafften sich Fachleute aus westlichen Teilen der Monarchie und bemühten sich, auch auf den österreichischen Markt zu exportieren.

Diese Entwicklung fand jedoch keineswegs den Beifall der Wiener Wirtschaftskreise. Es wurde immer mehr davon gesprochen, daß die österreichische Industrie den ungarischen Markt verlieren werde, und so rief man nach den Maßnahmen gegen die Entwicklung der ungarischen Industrie¹⁵. Diese Stimmen hatten schon bald gute Aussichten auf Erfolg, da sie darauf verwiesen, daß der überwiegende Teil der neugegründeten Manufakturen in Ungarn sich in den Händen des Adels befinde. Da dieser keine Steuern zahlte, konnten seine Produkte mit den österreichischen Erzeugnissen besonders erfolgreich konkurrieren. Dieser Argumentation war MARIA THERESIA sehr zugänglich, da sie gerade den Kampf um die Besteuerung des Adels in Ungarn führte, aber keine Aussichten auf Erfolg hatte. Dazu kam, daß die österreichische Handelsbilanz gegenüber Ungarn Jahr für Jahr passiv blieb¹⁶, weil Ungarn mehr Agrarprodukte in die habsburgischen Länder exportierte als es von dort Industrieerzeugnisse bezog. So erfolgte der Umschwung in der Wirtschaftspolitik Maria Theresias gegenüber Ungarn schon sehr bald. Schon im Jahre 1767 entschloß sie sich, vorerst die Gründung weiterer Manufakturen nicht mehr zu unterstützen und keine neuen Manufakturprivilegien mehr zu erteilen. Mit dem Jahre 1770 begann dann eine ausgesprochen feindliche Wirtschaftspolitik gegenüber Ungarn¹⁷. Die Königin gab dies in einem Erlaß vom 18. Juni 1770 bekannt, in dem sie erklärte, solange Ungarn nicht so viel Steuern wie andere habsburgische Erbländer zahle, könne es nicht erwarten, daß seine Industrie von seiten des Hofes unterstützt werde¹⁸.

Diese Politik der Diskriminierung der Industrie in Ungarn führte MARIA THERESIA dann während des ganzen letzten Jahrzehnts ihrer Regierung konsequent durch. Oft nahm sie dabei auch auf die Interessen der österreichischen Manufakturen in Ungarn keine Rücksicht. So wurden zum Beispiel im Jahre 1775 so hohe Ausfuhrzölle auf die in Ungarn erzeugten Kattune eingeführt, daß auch die österreichischen Manufakturen, die diese hier erzeugen ließen, die Produktion einstellen mußten¹⁹.

Mit dem zunehmenden Druck auf die Industrie in Ungarn während der siebziger Jahre wurden auch die Bemühungen um die Sicherung des ungarischen Marktes für die österreichischen Erzeugnisse gesteigert. So wurde zum Beispiel von den ungarischen Kaufleuten verlangt, ebensoviel Tuch in den habsburgischen Ländern zu kaufen wie im Ausland; die österreichischen Erzeugnisse wurden gegenüber ausländischen noch

¹³ Ebenda, S. 63.

¹⁴ Ebenda, S. 41. Solche Privilegien erhielten z. B. die Kattunmanufaktur in Čeklis [jetzt Bernolákovo] bei Bratislava am 30. Januar 1767, die Tuchmanufaktur in Halič in der Mittelslowakei [Datum ist unbekannt], die Leinwand- und Ledermanufaktur in Teplička bei Žilina in der Nordwestslowakei am 19. Januar 1770.

¹⁵ ŠPIESZ, Obdobie, S. 64.

¹⁶ Die Tabellen über die Exporte und Importe aus und nach Ungarn sind bei ECKHART (Mária Terézia) veröffentlicht.

¹⁷ BEER Studien, S. 34.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ ŠPIESZ Obdobie, S. 65.

mehr zollbegünstigt; die ungarischen Kaufleute wurden über die Erzeugung in Cisleithanien besser informiert, und auch die Produzenten in Österreich, Böhmen und Mähren erhielten Informationen über die Absatzmöglichkeiten in Ungarn usw.²⁰. Dank dieser Politik ging der größte Teil der neuentstandenen Manufakturen in Ungarn schnell zugrunde oder mußte zumindest seine Produktion stark reduzieren.

Doch am Rückgang der ungarischen Manufakturen waren nicht nur diese Maßnahmen schuld. Die siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts waren für die Manufakturindustrie allgemein sehr schwierig, auch in den westlichen Teilen der Habsburger Monarchie. Seit dem Jahre 1771 verließ der Hof nämlich völlig die bisherige protektionistische Politik, die Manufakturen bekamen weder finanzielle Unterstützungen²¹ noch Privilegien, und da die Nachfrage nach ihren Waren geringer war als das Angebot, versuchte man sogar ihre Produktion zu kontrollieren. Im Jahre 1774 wurden auch die Importverbote aufgehoben, und die Industrie sollte sich nun in freier Konkurrenz mit den ausländischen Waren entwickeln²².

Betrachtet man also zusammenfassend die Industriepolitik MARIA THERESIAS gegenüber Ungarn, so kann man zwar feststellen, daß die Kaiserin Maßnahmen zum Nachteile des Manufakturwesens in Ungarn ergriff, doch läßt sich nicht verhehlen, daß dem eine Periode jahrelanger Unterstützung vorausgegangen war. Man kann also nicht wie ECKHART und andere magyarische Historiker behaupten, der Wiener Hof, bzw. die Kaiserin persönlich hätten nur die Unterdrückung der Industrie in Ungarn im Sinne gehabt²³. Es ist auch nicht wahr, daß sie die Manufakturen, die dort, und zwar gegen ihren Willen, gegründet worden sind, zu vernichten suchte, da diese nur dank ihrer Unterstützung entstanden und sich im Kampf gegen die Zünfte stark auf die Hilfe der Kaiserin stützten.

Auch diese relativ sehr kurze Unterstützung war für die ungarische kapitalistische Industrie von großer Bedeutung, denn auf der in den sechziger Jahren geschaffenen Basis konnte man in der Folgezeit aufbauen, auch wenn man Ungarn — was sein Wirtschaftsleben angeht — nicht den gleichen Platz wie den anderen Erbländern einräumte. An dieser scheinbaren Benachteiligung war seine besondere Stellung in dem damaligen Habsburgerreiche schuld, die Tatsache, daß seine zahlreichen großen und kleinen Adligen keine Steuern zahlten, daß es relativ wie absolut nicht solche Finanzlasten trug wie die anderen Länder und daß es gegenüber diesen auch noch dauernd eine aktive Handelsbilanz aufwies.

Einer Analyse der ungarischen Wirtschaftspolitik JOSEPHS II. kommt besondere Bedeutung zu. Denn in den Budapester Archiven befinden sich viele Dokumente, die einwandfrei beweisen, daß diesem Kaiser die Sache der Entwicklung der Industrie in Ungarn sehr am Herzen lag und daß er vieles unternahm, um das Niveau des wirtschaftlichen Lebens in Ungarn zu heben. Trotzdem schildert ihn die magyarische Geschichtsschreibung als einen ausgesprochenen Feind der Industrialisierung dieses Landes. So schrieb HEINRICH MARCZALLI zum Beispiel schon Ende des 19. Jahrhunderts in seinem dreibändigen Werk über Ungarn in der Zeit JOSEPHS II., seine Industriepolitik gegen-

²⁰ Ebenda, S. 66 — 67.

²¹ BEER Studien, S. 11 — 12.

²² Ebenda, S. 99 — 100.

²³ Die Meinung, MARIA THERESIA habe der Industrie in Ungarn völlig ablehnend gegenübergestanden, ist auch in der Arbeit von GUSTAV OTRUBA (Die Wirtschaftspolitik Maria Theresias. Wien 1963, S. 46) zu finden.

über Ungarn sei dem sehr ähnlich gewesen, was ein Lord im englischen Parlament als Maxime für die Wirtschaftspolitik in den Kolonien aufstellte, daß nämlich dort kein einziger Nagel angefertigt werden dürfe²⁴. Und noch siebzig Jahre später bezeichnete FERENC ECKHART die ungarische Wirtschaftspolitik dieses Kaisers als „Kolonialpolitik“; und ohne Rücksicht auf die Dokumente, die sich in den Archiven befinden und die er völlig übergang, erklärte dieser Autor, die Erfolge, die JOSEPH II. mit seiner Unterdrückung und Vernichtung der Industrie in Ungarn erzielt habe, hätten ihren Urheber sicherlich mit dem Stolz erfüllt²⁵.

In Wahrheit aber opferte der Kaiser viel Energie und Geld, um das wirtschaftliche Niveau Ungarns zu heben, und unternahm nicht einen einzigen Schritt gegen die Industrie in Ungarn.

Zu der Zeit, da er, nach dem Tode seiner Mutter, im Habsburgerreiche allein herrschte, war die Situation der Industrie weder in Österreich noch in Ungarn gut. Der Übergang von der Politik der Lenkung und staatlichen Unterstützung der Industrie zur Entfaltung der Privatinitiative und der freien Konkurrenz auch mit ausländischen Erzeugnissen, der im Jahre 1776 beendet wurde²⁶, brachte keine Festigung der bestehenden Manufakturen, sondern stellte sie einer Konkurrenz gegenüber, der sie nicht gewachsen waren.

Das Problem der Entwicklung der Industrie in seinem Reiche lag JOSEPH II. am Herzen, und er suchte Wege, sie von neuem anzukurbeln. Im Gegensatz zu seiner Mutter war er aber kein Freund von Monopolprivilegien und staatlicher Lenkung der Industrie, sondern ein Anhänger des freien Unternehmertums. Seiner Auffassung nach war es die einzige Aufgabe des Staates, für eine industrielle Entwicklung günstige Verhältnisse zu schaffen, alles andere sollte die Aufgabe der Unternehmer sein²⁷.

Seine Thronbesteigung bedeutete ein allmähliches Ende jener Politik, die die Entwicklung der Industrie in Ungarn zu bremsen suchte, wie sie in den siebziger Jahren von seiner Mutter verfolgt worden war. Im Juni 1783 ließ er durch ein Zirkular die untergeordneten ungarischen Stellen informieren, es sei sein Wunsch, daß sich in Ungarn die Produktion der seidenen, wollenen und baumwollenen Gewebe intensiver entwickle, und zwar unter Ausnutzung der eigenen Rohstoffe²⁸. Drei Monate später empfahl er den ungarischen Tuchmachern, sie sollten sich bemühen, Fachleute aus den Manufakturen in Böhmen, Mähren und Schlesien anzuwerben, und sollten auch ihre Söhne und Beschäftigten in diese Länder senden, um dort Erfahrungen über die Produktionsmethoden zu sammeln²⁹. Zugleich verlangte er von den zuständigen Behörden, man solle Wege zur Intensivierung des Heimspinnens und zur Verringerung der großen Importe von Leder und feiner Leinwand nach Ungarn suchen³⁰. Zur gleichen Zeit schrieb er der ungarischen Statthalterei, daß er sich entschieden habe, die Entwicklung der ungarischen Wollindustrie und anderer Zweige der Textilerzeugung

²⁴ MARCZALI, HENRIK Magyarország története II. József korában [Geschichte Ungarns im Zeitalter Joseph II.] Cm. 1. Budapest 1895, S. 94—95.

²⁵ ECKHART 1780—1815, S. 144.

²⁶ PŘIBRAM S. 331.

²⁷ Ebenda, S. 348.

²⁸ SPIESZ Obdobie, S. 118. (Zirkular der Ungarischen Königlichen Statthalterei an die untergeordnete Behörde vom 28. Juni 1783, No. 6877/1783).

²⁹ Ebenda (Zirkular der gleichen Stelle vom 15. September 1783, No. 8770/1783).

³⁰ Ebenda.

zu unterstützen³¹. Dies ermunterte die Statthalterei zur Ausarbeitung eines Planes für die Verbesserung der industriellen Produktion in Ungarn³², von dem viele Punkte die volle Unterstützung des Kaisers fanden. Im Jahre 1784 entfaltete er dann die Aktion zur Industrialisierung Südungarns und hob die Zollgrenze zwischen Ungarn und Siebenbürgen auf³³.

Die Industrialisierung Südungarns, das erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts völlig von den Türken befreit wurde, war eine anspruchsvolle Unternehmung, die in das Banat, in die Militärgrenze, in die Vojvodina, aber auch in andere Teile Ungarns möglichst viele Handwerker aus den westlichen Teilen der Monarchie und aus dem inneren Deutschland anlocken sollte. Sie sollten sich daselbst unter sehr günstigen Bedingungen sesshaft machen, erhielten unentgeltlich die Bürgerrechte, den Grund für die Erbauung eines Hauses, Baumaterialien zu Regiepreisen und eine zinsfreie Anleihe von 50 Gulden³⁴. Die ganze Aktion nahm beträchtliche Ausmaße an, da nach Ungarn allein im Jahre 1785 4443 und ein Jahr später 2065 Handwerkerfamilien übersiedelten, was die kaiserliche Hofkammer in Wien eine halbe Million Gulden kostete³⁵.

Im Jahre 1784 wurden auch Schritte gegen die Zünfte unternommen. Vorerst wurde nur bekanntgegeben, daß in Zukunft keine Zunftprivilegien mehr verliehen würden, ein Jahr später aber wurde bereits die volle Gewerbefreiheit in Ungarn verkündet³⁶.

Große Bedeutung für die ungarische Industrie hatten die Maßnahmen, die der Kaiser im Herbst 1784 unternommen hatte. Das habsburgische Reich hat sich damals wieder zum strengen wirtschaftlichen Protektionismus entschieden, um der eigenen Industrie mit dem Binnenmarkt einen sicheren Absatzmarkt zu schaffen³⁷. Dieser Schritt rief eine sofortige Belebung der industriellen Tätigkeit im ganzen Reiche hervor. Auch in Ungarn verstärkten viele Betriebe ihre Tätigkeit wieder, und viele wurden neu gegründet³⁸. Aber auch in den anderen Wirtschaftszweigen war eine Konjunktur zu beobachten. Die Bauern, die in JOSEPH II. ihren Beschützer sahen, machten eine Menge neuen Boden urbar, bauten neue Häuser, züchteten mehr Vieh, produzierten mehr Getreide, Fleisch, Wein und ähnliche Produkte. Verschiedene Konskriptionen, die damals durchgeführt wurden, geben darüber hinreichend Aufschluß³⁹. Auch die Zahl der Leute, die im Handwerk beschäftigt waren, stieg überall sehr erheblich⁴⁰.

Die große wirtschaftliche Entfaltung, die seit dem Ende 1784 in allen Ländern des habsburgischen Reiches begonnen hat, munterte auch die ungarische Statthalterei auf, einen Plan zur industriellen Entwicklung Ungarns auszuarbeiten. Er zielte darauf ab,

³¹ OL Budapest. Archiv der Ungarischen Königlichen Kanzlei. Acta generalia, No. 6749/1783.

³² Ebenda, 6035/1783.

³³ ŠPIESZ Obdobie, S. 119.

³⁴ Zirkular der Ungarischen Statthalterei No. 11 460/1784, vom 11. Mai 1784 (ŠPIESZ Obdobie, S. 119).

³⁵ OL Budapest. Archiv der Ungarischen Königlichen Kanzlei. Acta generalia No 3253/1786. — Es ist sehr interessant, daß ECKHART die Siedlungsaktion des Hofes in Südungarn in seinen Arbeiten überhaupt nicht erwähnte, so als ob daß nicht zur Wirtschaftspolitik gehörte.

³⁶ ŠPIESZ Obdobie, S. 119.

³⁷ PŘIBRAM S. 348.

³⁸ ŠPIESZ Obdobie, S. 129—142.

³⁹ Dieses Material befindet sich in den einzelnen Komitatsarchiven in der heutigen Slowakei, sowie in Ungarn und Österreich (Burgenland).

⁴⁰ ŠPIESZ Remeslo, (Manuskript).

die Produktion von Leder, Papier, hölzernen Erzeugnissen, Eisen und Branntwein zu vergrößern und zu verbessern⁴¹. Die Förderungsmaßnahmen beschränkten sich also auf jene Industriezweige, denen man große Möglichkeiten für eine Entfaltung zuschrieb, da ihre Rohstoffbasis im eigenen Lande lag.

JOSEPH II. fand in diesem Plan viele gute Ideen, obwohl er ihn unter dem Aspekt der gesamtstaatlichen Wirtschaftsinteressen zu beurteilen hatte und die Entwicklung von solchen Industriezweigen, die in den böhmischen und österreichischen Ländern für den Eigenbedarf seines Staates schon ausreichend vorhanden waren, nicht auch noch in Ungarn unterstützen wollte. Besonders gefiel ihm der Gedanke, aus manchen Gebieten seines Reiches Fachleute nach Ungarn zu senden, die die dortige Bevölkerung feinere Erzeugnisse zu verfertigen lehren sollten⁴². Dieser Plan versprach am meisten Erfolg hinsichtlich der Leinwanderzeugung. Sie hatte ihren Schwerpunkt in den gebirgigen Gebieten der heutigen Slowakei, wo sich mit der Herstellung dieser Textilien — ähnlich wie in Böhmen und Schlesien — Tausende von Bauernfamilien beschäftigten. Aber die slowakische Leinwand war nicht so fein wie die böhmische oder die schlesische. Nach der Entscheidung des Kaisers sollte ihre Qualität nun durch die Tätigkeit mehrerer böhmischer Fachleute und durch verschiedene andere Maßnahmen verbessert werden. Die einschlägigen Fachleute dafür, zwei Weber und drei Spinner, wurden in der Umgebung von Rumburg und Pottstein in Ostböhmen ausgesucht, wo die besten Sorten Leinwand erzeugt wurden, und im Winter 1786/87 in die Ostslowakei gesandt, wo sie sogleich mit der Unterweisung der Bevölkerung begannen⁴³. Die ganze Aktion dauerte mehrere Jahre und erzielte ihren größten Erfolg in der Zips, wo sie auch durch die Komitatsbehörde sehr nachdrücklich unterstützt wurde. Allein bis zum Tode des Kaisers wurden in der dortigen Spinnschule rund 300 Mädchen im Feinspinnen nach böhmischer Art ausgebildet⁴⁴. In ihren Heimatdörfern sollten sie der Bevölkerung ihre Kenntnisse und Fertigkeiten weitergeben. Auch nach dem Tode JOSEPHS II. wurde diese Aktion fortgesetzt und die Zahl der Spinnschulabsolventen in ein paar Jahren verdoppelt⁴⁵.

Die Verbesserung der Leinwanderzeugung in der Zips und in anderen Gebieten der Ostslowakei sollte auch durch bessere Methoden des Flachsbaus erzielt werden. Der Kaiser ließ feinen Leinsamen aus der Umgebung von Hermannstadt in Siebenbürgen, aus Riga, Memel und Tilsit einführen. Er ordnete auch an, man solle die Möglichkeiten des Exportes der slowakischen Leinwand nach Amerika und Spanien erkunden; aber es zeigte sich, daß sie nicht die notwendige Qualität besaß, um sie dort gewinnbringend absetzen zu können⁴⁷.

Auch das Niveau der Seidenerzeugung in Ungarn sollte gehoben werden, ein Fachmann italienischer Herkunft namens MAZZUGATO wurde dazu eigens auf staatliche Kosten eingeladen⁴⁸.

⁴¹ ŠPIESZ Obdobie, S. 120—122.

⁴² Ebenda.

⁴³ Ebenda, S. 144—155.

⁴⁴ Ebenda, S. 148.

⁴⁵ Ebenda, S. 201—202.

⁴⁶ Ebenda, S. 144.

⁴⁷ Ebenda, S. 122.

⁴⁸ ENDREI, WALTER Az óbudai selyemfilatórium [Das Seidenfilatorium in Altofen], in: MTA műszaki tudományok osztályának közleményei (1958) S. 233—265.

Wie sehr dem Kaiser die Entwicklung der Industrie in Ungarn am Herzen lag, zeigt auch die Tatsache, daß er den erfolgreichen ungarischen Industrieunternehmern Besuche abstattete, um sie persönlich kennenzulernen. So sind zum Beispiel seine Besuche in einer Maschinenspinnerei in Preßburg bekannt⁴⁹, die eine der ersten in Mitteleuropa war, ferner in dem Seidenfilatorium in Altofen⁵⁰ und in einer Leinwandmanufaktur in Leutschau in der Zips⁵¹, deren Inhaber, ANDREAS Čiž, auf den Kaiser einen besonders guten Eindruck machte. Dieser Unternehmer war ein außerordentlich begabter Webermeister, der Webtechniken für einige bis dahin in Ungarn unbekannte Gewebe erfunden und sich nach langen Auseinandersetzungen mit seiner Zunft für die Gründung einer Manufaktur entschieden hatte. Der Kaiser unterstützte ihn dabei und gab ihm eine Anleihe von 2000 Gulden, ein sehr ungewöhnlicher Gnadenerweis⁵². Er lud ihn sogar an den Hof und empfing ihn auf seinen späteren Reisen durch Ungarn noch zweimal⁵³. Dem Bericht des Unternehmers zufolge sprachen sie dabei immer über die Probleme der Verbesserung der Industriearbeit in Ungarn. Der Kaiser ermunterte ihn wiederholt, aus seinen Kenntnissen keine Geheimnisse zu machen und diese in seiner Heimat zu verbreiten, was sein Gesprächspartner sich dann auch angelegen sein ließ⁵⁴.

Obwohl JOSEPH II. gegen eine staatliche Lenkung der Industrie war und deshalb den Unternehmern nur wenig Privilegien und Geldanleihen erteilen ließ, sind vier Privilegien und drei Geldanleihen bekannt, die den Manufakturunternehmern in Ungarn zuteil wurden⁵⁵, es handelte sich dabei jedoch nur um kleinere Beträge. Größere Anleihen stellte der Kaiser der ungarischen Industrie — wie er mehrmals unterstrich — nach der Bewilligung einer Besteuerung des Adels in Aussicht. Da sich diese Absicht jedoch nicht durchführen ließ, bekam die ungarische Industrie auch keine größere finanzielle Beihilfe von seiten des Hofes. Der Kaiser hob auch die Zollgrenzen zwischen Ungarn und den anderen habsburgischen Ländern nicht auf, da der Staat dadurch Einnahmen in Höhe von einer Million Gulden jährlich verloren hätte⁵⁶, ein Verlust, der nur durch die Besteuerung des Adels hätte ausgeglichen werden können. Viele Schritte wurden aber auf diesem Gebiet doch unternommen, so wurde zum Beispiel die Zollgrenze zwischen Ungarn und Siebenbürgen aufgehoben, auch belegte man die Industrieerzeugnisse aus den österreichischen und böhmischen Ländern wie auch ungarische Wolle, feiner Branntweine und Spinnereiwaren seit dem Jahre 1786/87 mit keinem Zoll mehr⁵⁷.

Die Aufhebung der Zollgrenze zwischen den beiden Teilen der Monarchie wäre für die ungarische Industrie bestimmt nicht von Vorteil gewesen, sie hätte im Gegenteil mit noch größerer Konkurrenz rechnen müssen. Davon profitiert hätte hingegen der Adel, da er seine Agrarprodukte nach Österreich noch billiger hätte exportieren können. Er forderte diese Aufhebung der Zollgrenze auch ständig, über den Preis, den der Hof dafür verlangte — sich gleich dem Adel in Böhmen und Österreich besteuern zu

⁴⁹ ŠPIESZ Obdobie, S. 123.

⁵⁰ ENDREI S. 237.

⁵¹ ŠPIESZ Obdobie, S. 271.

⁵² Ebenda, S. 270.

⁵³ Ebenda, S. 271.

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Ebenda, S. 123.

⁵⁶ SIEGHART S. 238.

⁵⁷ ŠPIESZ Obdobie, S. 124 — 125.

lassen — wollte er jedoch nichts hören. Deshalb blieb auf lange Sicht alles beim alten und erst die Revolution der Jahre 1848/49 brachte eine Veränderung der Situation.

JOSEPH II. hat sich auch um die ungarischen Bauern Verdienste erworben. Er hob auch hier, wie in Österreich und Böhmen, die Erbuntertänigkeit (Leibeigenschaft) auf und kümmerte sich allgemein um die Verbesserung der materiellen und sozialen Zustände der ungarischen Bauern.

Der Tod des Kaisers, die Aufhebung aller seiner Reformen und der Beginn einer politischen Reaktion in Ungarn, die zu den Zuständen vor 1780 zurückkehren wollte, führte auch in diesem Bereich wieder zu Verschlechterungen. Man ging dabei sehr energisch gegen die josephinischen Wirtschaftsreformen vor. Die Aufhebung der Gewerbefreiheit und die Restauration aller Rechte der Zünfte führte mancherorts zu schweren Konflikten zwischen Zünften und der kapitalistischen Manufaktur, so zum Beispiel in Leutschau, wo der bereits erwähnte Webermeister Čiř — ein Schützling des Kaisers — im Jahre 1783 aus der Zunft ausgetreten war und eine Manufaktur gegründet hatte. Als der Kaiser gestorben war, wandte sich die Zunft sogleich gegen ihn und nach dramatischen Ereignissen in seiner Manufaktur und auf dem Rathaus zwang sie ihn, seine Mitgliedschaft in der Zunft zu erneuern und die Produktion gemäß den Zunftvorschriften zu reduzieren. Erst nach drei Jahren konnte er sich von dieser Kontrolle befreien und die Arbeit im alten Maßstab wieder aufnehmen⁵⁸.

Auch die Situation am Hof ist durch Verwirrung und Konzeptlosigkeit gekennzeichnet, wo die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker vorerst nicht wußten, welche Grundsätze der josephinischen Politik bewahrt und welche annulliert werden sollten. In den Jahren 1790—1798 blieb davon einzig die Abriegelung gegen die Industrieinfuhren aus dem Ausland erhalten⁵⁹, alle diesbezüglichen Beschränkungen galten in gleichem Ausmaße wie zuvor. In den Fragen der rechtlichen Stellung der Manufakturen, ihrer Beziehung zu den Zünften, der Erteilung von Privilegien und finanzieller Unterstützungen an sie, herrschte in Wien völlige Grundsatzlosigkeit⁶⁰. Es läßt sich nicht einmal feststellen, ob die kapitalistische Industrie unterstützt werden sollte oder nicht⁶¹. Erst seit dem Jahre 1798 begann man wieder mit einer fortschrittlicheren Industriepolitik. Man kehrte zu dem alten josephinischen Grundsatz zurück, daß der Industrie die optimalen Möglichkeiten zur Existenz geschaffen werden müßten⁶². Nach dem Jahre 1816 wurde diese Politik noch verstärkt und der wirtschaftliche Liberalismus, verbunden mit einer intensiven Unterstützung der Großindustrie, wurde zum führenden Prinzip der Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes in seinen böhmischen und österreichischen Ländern⁶³, das nun auch für die Politik gegenüber Ungarn bestimmend wurde.

Bis zum Jahre 1808 lag die Entscheidung über die Erteilung von Privilegien für die ungarischen Industriebetriebe nur in den Händen des Kaisers, dem es jedoch auch hier — wie in den westlichen Teilen des Reiches — an irgendeiner eindeutigen Zielsetzung oder an einem grundsätzlichen Konzept gebrach⁶⁴.

⁵⁸ Ebenda, S. 272—275.

⁵⁹ PŘIBRAM S. 488.

⁶⁰ Ebenda, S. 488 f.

⁶¹ Ebenda, S. 583.

⁶² SLOKAR, JOSEF Geschichte der österreichischen Industrie und ihre Förderung unter Kaiser Franz I. Wien 1914, S. 21—49.

⁶³ Ebenda, S. 71—72.

⁶⁴ ŠPIESZ Obdobie, S. 173.

In diesem Jahr (1808) gingen in Ungarn, ebenso wie in den böhmischen und österreichischen Ländern, die Angelegenheiten der Industrieprivilegien in die Hände der Landesbehörden über⁶⁵. Das Privilegium für die Einrichtung einer Manufaktur war nicht mehr Ausdruck der besonderen königlichen Gunst oder eine Belohnung für die Erzeugung von Waren, die Importe aus dem Auslande ersetzten, sondern ein Komplex von mehreren Vorteilen, die all denen gewährt wurden, die den dabei verlangten Kapitalstock nachweisen konnten⁶⁶. Ein Vergleich der Privilegien in Trans- und Cisleithanien zeigt, daß sie sich inhaltlich fast völlig glichen, nur in manchen Punkten weisen sie Verschiedenheiten in der rechtlichen Situation auf⁶⁷.

Durch diese Delegation des Rechtes der Privilegienerteilung an die ungarische Statthaltereie verlor der Wiener Hof den direkten Einfluß auf die Industrieangelegenheiten in Ungarn. Darüber hatte nun ein Organ zu entscheiden, das ungarische Interessen vertrat. Die einzige Maßnahme, die seitens des Hofes auf industriepolitischem Gebiet noch getroffen wurde, war die Regelung des Verkaufsrechtes der Manufakturen im Jahre 1823, die aber nur geringe Bedeutung besaß⁶⁸. Die Tarife an der Zollgrenze zwischen beiden Teilen der Monarchie wurden in den Jahren 1793 und 1830 festgelegt⁶⁹.

Den wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Wien und Ungarn fehlte es im Vormärz völlig an der Dynamik, die sie davor, besonders in den Jahren 1765—1790, charakterisierte. Beiden Seiten wurde klar, daß sich die eigenen Vorstellungen auf diesem Gebiet nicht verwirklichen ließen, und so wurden keine Versuche unternommen, den status quo, der nach dem Tode JOSEPH II. entstanden war, zu verändern und die andere Seite mit Neuerungskvorschlägen zu beunruhigen.

Durch die Übergabe der Industrieangelegenheiten in die Hände der ungarischen Statthaltereie, die Regelung der Manufakturprivilegien nach dem cisleithanischen Vorbild und die Zunftreform des Jahres 1813, die auch vom Hof durchgeführt werden mußte⁷⁰, wurden für die kapitalistische Industrie in Ungarn die gleichen Möglichkeiten und Chancen geschaffen wie in den österreichischen und böhmischen Ländern. Daß sich hier die Industrie dennoch nicht so schnell entwickelte und nicht dieselben Ausmaße erreichte wie in Cisleithanien, ist zweifelsohne nicht der Wirtschaftspolitik des Hofes zuzuschreiben, sondern der Tatsache, daß es für eine Industrialisierung in Ungarn wenig Voraussetzungen gab. In keinem Lande der österreichischen Monarchie ist die Großindustrie nur infolge der staatlichen Unterstützung entstanden, sondern sie ging aus einer oft jahrhundertealten kleingewerblichen Entwicklung hervor. Je stärker Handwerk und Heimindustrie entwickelt war, um so bedeutender war die Industrie, die auf dieser Grundlage entstand.

Nach den Ergebnissen der bisherigen Forschung auf dem Gebiete der Industriegeschichte Ungarns läßt sich sicherlich nicht behaupten, daß dieses Land in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts keine oder nur eine sehr schwache Industrie besessen habe. In Budapest, Westungarn und in der Slowakei arbeiteten mehrere Manufakturen bzw.

⁶⁵ Ebenda, S. 174 (Dekret der Ungarischen Königlichen Kanzlei vom 29. Juli 1808, das sich unter No. 8014/1808 in Acta generalia befindet).

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Ebenda, S. 172—175.

⁶⁸ Ebenda, S. 174.

⁶⁹ Ebenda, S. 174; SIEGHART S. 57—58.

⁷⁰ ŠPIESZ Obdobie, S. 223.

Fabriken, die mit den damals modernen Maschinen ausgerüstet waren⁷¹. In Süd- und Ostungarn, wo die gewerbliche Tätigkeit schon immer sehr schwach entwickelt gewesen war, entstand auch keine Großindustrie. Ein Artikel der „Preßburger Zeitung“ aus dem Jahre 1823 läßt jedoch vermuten, daß die damalige öffentliche Meinung mit dem Stand der industriellen Entwicklung des Landes zufrieden war⁷².

Seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts spielten Industriefragen nicht mehr die wichtigste Rolle in den wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn. An die erste Stelle rückte jetzt das Problem der Zollgrenze zwischen den beiden Teilen der Monarchie, vor allem die Abschaffung des Zolls auf ungarische Agrarexporte wurde erörtert, um die sich der ungarische Adel weiterhin sehr bemühte, allerdings auch weiterhin ohne Bereitschaft zu einer Gegenleistung. Besonders heftig wurde die Zollgrenze von dem Führer der radikalen magyarischen Nationalisten des Vormärz, LUDWIG KOSSUTH, angegriffen, der für alles, was im ungarischen Wirtschaftsleben schlecht und ungesund war, Wien und die Habsburger verantwortlich machte. Ein anderer bedeutender magyarischer Politiker dieser Zeit, der konservative Graf STEFAN SZÉCHENYI, war dagegen kritischer und suchte die Wurzeln vieler wirtschaftlicher Unzulänglichkeiten auch in den ungarischen Verhältnissen.

Die Handelsbilanz zwischen Ungarn und Österreich, die dabei oft als Argument herangezogen wurde, war für Ungarn immer aktiv, d. h. der Wert der ungarischen Agrarexporte nach Österreich war ständig größer als der der österreichischen Industrieimporte nach Ungarn. Besonders viele Agrarprodukte wurden aus Ungarn in den ersten zwei Dezennien des 19. Jahrhunderts ausgeführt, wodurch — wie auch FERENC ECKHART zugibt —, der ungarische Adel trotz der Zollgrenze viel Geld akkumulierte⁷³.

Die ungarischen Stände, auf deren Schultern nach 1790 sehr große Verantwortung für die Geschicke des Landes lag, erwarben sich um den wirtschaftlichen Fortschritt Ungarns im Vormärz fast keine Verdienste, obwohl sich ihnen auf den vielen damals regelmäßig abgehaltenen Landtagen, häufig Gelegenheit dazu geboten hätte. So versäumten sie es z. B. auch, eine Reform des Zunftwesens in Ungarn durchzuführen; obwohl sie die Frage auf dem Landtag des Jahres 1807 ausgiebig erörterten, verabschiedeten sie kein Gesetz darüber⁷⁴, und auch diese Reform wartete auf den Hof, der sie im Jahre 1813 verwirklichte. Die sogenannten „generellen Zunftartikel“, die damals für Ungarn herausgegeben worden sind, waren zwar nicht in so liberalem Geiste verfaßt wie ähnliche Maßnahmen in anderen habsburgischen Ländern, sie schufen aber doch die Voraussetzungen für die Errichtung mehrerer Manufakturen in Ungarn und machten allen Angriffen der Zünfte gegen die kapitalistische Industrie, die in Ungarn besonders heftig gewesen waren und sehr lange angehalten hatten, ein definitives Ende.

*

⁷¹ Konkrete Daten bei MÉREI, GYULA Magyar iparfejlődés 1790—1848 [Die Entwicklung der Industrie in Ungarn 1790—1848]. Budapest 1951; SPIESZ Obdobie, S. 223.

⁷² SPIESZ Obdobie, S. 176; Preßburger Zeitung (1823) No. 3.

⁷³ ECKHART 1780—1815, S. 253.

⁷⁴ MATLEKOVICS, SÁNDOR A céhek története 1872-ig [Die Geschichte der Zünfte bis zum Jahre 1872], in: Magyar ipartörténet (1900) S. 11.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß in der Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes gegenüber Ungarn im 18. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf keinen Fall irgendeine zielbewußte oder geplante antiungarische Tendenz zu finden ist. Man betrachtete Ungarn als eines der vielen Länder der Donaumonarchie und versuchte seine wirtschaftlichen Interessen und Möglichkeiten, wie die aller anderen habsburgischen Länder in Einklang mit den Interessen der Gesamtmonarchie zu bringen. Daraus entstanden für Ungarn freilich Nachteile, aber auch Vorteile.

Im Sinne der herrschenden merkantilistischen Ideen war der Hof seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bestrebt, das wirtschaftliche Leben einzelner Erbländer so zu leiten, daß aus diesen möglichst wenig Geld ins Ausland floß. Nur aus diesem Grunde zwang man die ungarischen Kaufleute, ihre traditionellen Ankaufsmärkte in Breslau und Leipzig zu verlassen⁷⁵ und auf den Märkten in Österreich, Böhmen und Mähren einzukaufen. Sicherlich mußten sie dort teurere und schlechtere Waren kaufen, aber diese Maßnahme traf genauso die Kaufleute in Cisleithanien.

Zur gleichen Zeit begann der Hof auch die Entwicklung der Industrie in den eigenen Ländern zu unterstützen. In Ungarn fing man damit zwar später an, auch war die Förderung nicht so intensiv wie in manchen westlichen Ländern, doch ist es eine historische Tatsache, daß diese Unterstützung Ungarn nicht verweigert wurde. Erst als dort unerwartet viele Manufakturen entstanden, die nicht in bürgerlichem Besitz, sondern in dem des Adels waren — jenes Adels, der sich dem Versuch seiner Besteuerung erfolgreich widersetzt hatte —, griff MARIA THERESIA zu Maßnahmen, die gegen die kapitalistische Industrie in Ungarn gerichtet waren und die dieser beträchtlichen Schaden zufügten. JOSEPH II. bemühte sich dann aufrichtig um die Industrialisierung des Landes. Bis zur Revolution des Jahres 1848 gab es nun keinerlei Restriktionsmaßnahmen seitens des Hofes gegen die ungarische Industrie mehr. Seit 1808 lagen die Geschicke der ungarischen Industrie dann ganz in den Händen der Ungarischen Statthalterei.

Die Meinung mancher magyarischer Historiker, daß es in Ungarn die gleichen Voraussetzungen für die Entstehung einer Großindustrie wie in Böhmen, Mähren und Österreich gegeben habe und daß dieses Land eine ebensolche Industrie hätte besitzen können, wenn die Verantwortung dafür nicht in den Händen des Hofes gelegen hätte, ist völlig falsch. Die Erfahrung vieler Völker und Länder, besonders in letzter Zeit, zeigt sehr überzeugend, daß die Rohstoffbasis allein noch keine Gewähr dafür ist. Eine sehr wichtige Voraussetzung bilden u. a. auch qualifizierte Fachleute, von denen es in Ungarn nicht so viele gab wie in Böhmen oder Österreich. Denn im Gegensatz zu den Erbländern, in denen ausländischen Abwerbern von Fachleuten mit der Todesstrafe gedroht wurde, die binnen 24 Stunden zu vollstrecken war, waren der Auswanderung in Ungarn keine Schranken gesetzt⁷⁶.

Der Wiener Hof war seit der Regierung MARIA THERESIAS zur völligen wirtschaftlichen Gleichstellung Ungarns mit den anderen Ländern der Monarchie bereit, verlangte aber, daß es auch die gleichen finanziellen Lasten wie diese Länder trage, was bis dahin nicht der Fall war. Der egoistische ungarische Adel, der so sehr an seinen mittelalterlichen Privilegien hing, wollte dazu aber seine Zustimmung nicht geben, und der Hof war nicht stark genug, sich in dieser Frage gegen ihn durchzusetzen. Die Liquidierung der Privilegien des ungarischen Adels durch den Hof hätte in Ungarn zweifellos den Weg

⁷⁵ BEER Handelspolitik, S. 12—14.

⁷⁶ ŠPIESZ Obdobie, S. 62. — Mit solchen Maßnahmen wurde besonders im österreichischen Schlesien gedroht.

für eine demokratischere und bürgerlichere Entwicklung eröffnet, als es unter den gegebenen Umständen der Fall war.

Die Forschung auf dem Gebiete der Industriegeschichte Ungarns, besonders in der letzten Zeit, hat gezeigt, daß das Land durchaus Industrie besaß. Sie war aber sehr ungleichmäßig verbreitet und beschränkte sich auf die Slowakei, Westungarn und die Umgebung von Budapest, während große Flächen Süd-, Mittel- und Ostungarns reine Agrargebiete blieben. Daß hier keine Industrialisierung eingeleitet wurde, geht allerdings, wie diese Untersuchung gezeigt haben dürfte, nicht zu Lasten des Wiener Hofes, der Ungarns industrielle Entwicklung weder vernachlässigte noch hemmte. Diese grundsätzliche Feststellung gilt sowohl für den hier behandelten Zeitraum wie auch für die folgende Epoche, die mit dem Jahr 1918 ihr Ende fand.

Schriftumsverzeichnis

- BEER, ADOLF Die österreichische Handelspolitik unter Maria Theresia und Joseph II., in: Archiv für österreichische Geschichte (1898) S. 1—204.
- DERS. Studien zur Geschichte der österreichischen Volkswirtschaft unter Maria Theresia. Die österreichische Industriepolitik, in: Archiv für österreichische Geschichte (1894) S. 1—134.
- ECKHART, FERENC A bécsi udvar gazdasági politikája Magyarországon Mária Terézia korában [Die Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes in Ungarn im Zeitalter Maria Theresias]. Budapest 1922.
- DERS. Die Handels- und Zahlungsbilanz Ungarns unter der Regierung Maria Theresias, in: Ungarische Jahrbücher 3 (1923) S. 157—170.
- DERS. A bécsi udvar gazdasági politikája Magyarországon 1780—1815 [Die Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes in Ungarn 1780—1815] Budapest 1958.
- ENDREI, WALTER Az óbudai selyemfilatorium [Das Seidenfilatorium in Altofen], in: MTA műszaki tudományok osztályának közleményei (1958) S. 233—265.
- PŘIBRAM, KARL Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik von 1740 bis 1860. Band 1. 1740—1798. Leipzig 1907.
- SIEGHART, RUDOLF Zolltrennung und Zolleinheit. Wien 1915.
- ŠPIESZ, ANTON Manufaktúrne obdobie na Slovensku, 1725—1825 [Die Manufakturaera in der Slowakei, 1725—1825]. Bratislava 1961.
- DERS. Remeslo na Slovensku v období existencie cechov [Das Handwerk in der Slowakei im Zeitalter der Zünfte]. (Manuskript).